

**Jugend im Landtag 2023**  
**Anträge Arbeitskreis 3**  
**Partizipation – Inneres – Recht**

---

**AK3**  
**JiL36/49**

**Wählen ab 16 auf Bundesebene**

**Antragsteller/Antragstellerin: Mia Marten**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich für das Wählen ab 16 Jahren auf Bundesebene einzusetzen.

**Begründung:**

Die Einführung des Wahlrechts ab 16 auf Bundesebene in Deutschland wäre ein bedeutender Schritt zur Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Menschen. Ein niedrigeres Wahlalter fördert frühzeitige politische Bildung, ermöglicht eine erhöhte politische Partizipation und berücksichtigt das bereits vorhandene Maß an Reife und Verantwortungsbewusstsein bei 16-Jährigen. Diese Jugendlichen sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen und sollten das Recht haben, ihre Interessen zu vertreten. Die Einbeziehung junger Wählerinnen und Wähler trägt zur Vielfalt und Innovation im demokratischen Diskurs bei, was zu einer aktiveren und vielfältigeren politischen Landschaft führen kann. Insgesamt würde die Einführung des Wahlrechts ab 16 die demokratische Partizipation stärken und die politische Integration junger Menschen fördern.

## **Stärkung kommunaler Kinder- und Jugendvertretungen**

**Antragsteller: Jonas Paustian**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich für eine rechtssichere Lösung für die Teilnahme von Beiräten, insbesondere Kinder- und Jugendbeiräte, an nichtöffentlichen Sitzungen der verschiedenen kommunalen Gremien einzusetzen. Die Praxis hat gezeigt, dass hier viele Unsicherheiten, vor allem vor dem Hintergrund oft minderjähriger Akteure in Bezug auf Geheimhaltung und Haftbarkeiten herrschen.

### **Begründung:**

Kinder- und Jugendvertretungen besitzen in Schleswig-Holstein einen immer größer werdenden Stellenwert. Zahlreiche Themen die Kinder- und Jugendliche betreffen werden durch sie behandelt und vor allem ihr Standpunkt gegenüber kommunalen Gremien vertreten; diese Themen sind nicht immer öffentlich zu behandeln. Da die Bandbreite der Themen die im Interessenbereich von Kindern- und Jugendlichen sehr groß sein kann, ist es durchaus gewinnbringend, wenn mit der Nichtöffentlichkeit diese Stimme nicht wegfällt.

## **Junges Engagement fördern – Jugendparlamente verpflichtend einführen**

### **Antragsteller: Niklas Binder**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Landesregierung und das für Jugend zuständige Ministerium werden aufgefordert, sich für die Einführung von Jugendparlamenten oder ähnlichen Formaten ab einer gewissen Einwohner\*innenzahl in Gemeinden und Städten einzusetzen.

### **Begründung:**

Kommunen brauchen mehr Jugendbeteiligung. Das ist ein Fakt, den niemand im Allgemeinen leugnen kann.

Das Format eines Jugendparlamentes oder Jugendbeirat als beratendes Gremium sowie zur Vertretung der Forderung, Wünschen und Anregungen von Kindern und Jugendlichen ist für jede größere Kommune ein must-have!

So lernen junge Menschen schon früh demokratische Prozesse kennen und geben ihnen nicht nur das Gefühl, über wichtige Themen zu entscheiden. Sie tun es auch!

Oft wird nicht mit, sondern über die Kinder und Jugendliche entschieden.

Dabei braucht es aber die Stimmen der Generation, die es letztendlich betrifft.

Sei es bei einer Einrichtung eines Jugendraumes für örtliche Jugendfeuerwehr, die neue Skate-Bahn oder neue Geräte für den maroden Spielplatz.

Aber Jugendbeteiligung ist noch sooo viel mehr, als über diese materiellen Dinge zu entscheiden!

Es geht darum, die Kommune vor Ort erlebbarer zu machen!

Es geht darum, dass sich Kinder und Jugendliche vor Ort wohl fühlen können, weil sie wissen, dass jemand da ist, der die Jugendparty organisiert usw.

Selbst in großen Städten wie Flensburg gibt es zurzeit kein Jugendparlament, welches für alle sprechen kann.

## **Ehrenamtliches Engagement stärken: Mindestalter 16 für Vereinsvorstände**

**Antragsteller/Antragstellerin: Jona Janowitz**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Mindestalter für Jugendliche, um ein Vorstandsamt in einem nicht-wirtschaftlichen Verein zu bekleiden, auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Zurzeit erlangen Kinder nach Vollendung des siebenten Lebensjahres die beschränkte Geschäftsfähigkeit und somit auch die Möglichkeit ein solches Vorstandsamt zu bestreiten, jedoch nur mit der Einwilligung der Erziehungsberechtigten. Diese zusätzliche Hürde ist, besonders im Hinblick auf bspw. Ämter in politischen Vereinen, nach Vollendung des 16. Lebensjahres nicht mehr notwendig und soll so abgeschafft werden, um das ehrenamtliche, politische und gesellschaftliche Engagement Jugendlicher zu stärken.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Antrag Förderung der Jugendlichen: Ausbau und Vielfalt von Freizeitangeboten in Stadt und Land**

**Antragsteller:** Lilli Marie Rachenpöhler

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:**

“Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Ausbau und die Vielfalt von Freizeitangeboten für Jugendliche in Schleswig-Holstein zu fördern. Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um über die Vereinsarbeit hinaus Angebote sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum zu schaffen. Dies beinhaltet die Schaffung von Jugendzentren und Treffpunkten, die Förderung von Sport- und Kulturangeboten sowie die Implementierung digitaler Freizeitangebote.

**Begründung:**

Die Förderung von Freizeitangeboten in Städten und im ländlichen Raum gewährleistet, dass Jugendliche, unabhängig von ihrem Wohnort, Zugang zu attraktiven Freizeitmöglichkeiten haben. In Städten schaffen Jugendzentren und Treffpunkte sichere Räume für soziale Interaktion und persönliche Entwicklung. Gleichzeitig ermöglichen Sport- und Kulturangebote eine vielfältige Entfaltung ihrer Talente. Im ländlichen Raum unterstützt die Initiative die Schaffung ähnlicher Freizeitmöglichkeiten, um Jugendliche in abgelegenen Gebieten gleichberechtigt einzubinden. Die Integration digitaler Freizeitangebote reflektiert die heutige Lebensrealität der Jugendlichen und fördert ihre Beteiligung in der digitalen Welt. Zusätzlich sollte die öffentliche Zugänglichkeit von Sportplätzen als überlegenswerte Maßnahme in Betracht gezogen werden, um Bewegung, soziale Interaktion und Gesundheit sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten zu fördern. Diese umfassenden Maßnahmen stärken nicht nur die Lebensqualität der Jugendlichen, sondern fördern auch ihre soziale Integration und persönliche Entfaltung. Die Ausrichtung über Vereinsgrenzen hinaus gewährleistet eine inklusive und flächendeckende Teilhabe aller Jugendlichen, unabhängig von Vereinsmitgliedschaften, und trägt somit zur Gleichberechtigung und Chancengleichheit bei.

## **An den Koalitionsvertrag halten – gebt den LSVen ein Büro!**

**Antragsteller/Antragstellerin: Niklas Binder**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden aufgefordert, das im Koalitionsvertrag festgehaltene Versprechen, eine „eigenständige, räumliche Geschäftsstelle“ für die Landesschüler\*innenvertretungen des Landes SH zur Verfügung zu stellen

### **Begründung:**

Die Landesregierung bzw. das MBWFK haben bereits eines ihrer selbst auferlegten und von den LSVen in SH lange geforderten Ziele umgesetzt und ausgeführt.

Seit Schuljahresbeginn 2023/2024 hat die LSV eine besetzte halbe Stelle für die inhaltlich, konzeptionelle Arbeit sowie eine besetzte halbe Stelle für organisatorische Arbeit erhalten.

Im Jahr 2022 haben sich CDU und Grüne im Koalitionsvertrag neben der Mitarbeitensituation und weiterer Unterstützung bei Durchführung der Landesschüler\*innenparlamente, also einer Etat-Erhöhung, darauf verständigt, eine eigenständige, also unabhängig von den Öffnungszeiten des MBWFK, nutz/erreichbare Geschäftsstelle einzurichten.

Bereits seit 2019 sind die Landesschüler\*innenvertretungen des Landes durch Raummangel in ein kleines Büro im Gebäude des MBWFK gezogen.

Wie ihnen versichert wurde, würde sich möglichst schnell nach einer geeigneten Alternative umgeschaut werden. Aktuell liegt diese Suche nach geeigneten Räumlichkeit seit einiger Zeit schon im Finanzministerium des Landes SH.

Für die Arbeit der 4 Landesschüler\*innenvertretungen braucht es vor allem eines:

Flexibilität. Zu spontanen Arbeitstreffen kann man eben nicht einfach mal so ins Ministerium gehen, weil ja ein Raum gebucht und bei der Pförtnerie natürlich angemeldet sein muss.

Diese Flexibilität ist aktuell nicht gegeben, genauso wenig ausreichender Arbeitsplatz, um beide Mitarbeitenden und die Vier LSVen zum Arbeiten unterbringen zu können.

Die Landesschüler\*innenvertretungen sind auf die Arbeit persönlich, miteinander im Gespräch angewiesen.

**Politik verstehen ist für jeden**

**Antragssteller: Justus Hartmann**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich für Aufklärungsarbeit von Politik und einem sozialen Bewusstsein, für Jugendliche/Kinder, ab der weiterführenden Schule einzusetzen. Gemeint sind jede Art von staatlichen Einrichtungen und keine bestimmten Einrichtungen.

**Begründung:**

Es ist wichtig, dass Kindern/Jugendlichen beigebracht wird aktuelle Themen verarbeiten zu können oder verstehen zu können. Gerade die sozialen Medien können junge Menschen unbewusst sehr beeinflussen.

Durch dieses Vorgehen können Vorurteile und Misstrauen gegenüber der Politik, bei Kindern/Jugendlichen deutlich vermindert werden.

## **Projektstage gegen Antisemitismus und Rassismus**

**Antragssteller: Justus Hartmann**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass an jeglichen staatlichen Einrichtungen Projektstage, gegen Antisemitismus und Rassismus zu veranstaltet werden.

### **Begründung:**

Ob das immense Rassismusproblem, der stärker werdende Antisemitismus oder der starke Rechtsruck in Europa, all das sind Herausforderungen, die wir bekämpfen müssen, um die Demokratie zu schützen.

Diese Projektstage würden ein besseres Miteinander fördern oder überhaupt ein Bewusstsein herstellen. Es kann nur helfen immer wieder auf soziale Probleme aufmerksam zu machen, damit unsere Demokratie und unsere sozialen Mehrheiten geschützt bleiben.



## **Echtes handeln statt Sonntagsreden und Tatenlosigkeit**

**Antragsteller/Antragstellerin: Julian Antonius Geist**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, weitgehendere Solidarität für Israel auszusprechen.

Regelmäßig ist der Staat Israel dem Terror antisemitischer Autokraten ausgesetzt. Menschen werden nur aufgrund ihres jüdischen Glaubens ermordet – deutsche Staatsbürger werden von Terroristen entführt und ermordet, die es nicht auszuhalten scheinen neben einer Demokratie leben zu müssen. Damit muss, nach Meinung von Jugend im Landtag Schluss sein! Auch wenn sich die entscheidenden Demokratischen deutschen Parteien bereits alle für Solidarität mit Israel ausgesprochen haben tun sie zu wenig. Gerade die Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund ihrer Geschichte mehr als alle anderen Länder der Welt in der Pflicht gegen Antisemitismus und für die einzig legitime Staatsform, die Demokratie, zu kämpfen. Und das auch wortwörtlich. Daher fordert Jugend im Landtag folgende Konkrete Maßnahmen um die Wehrhafte Demokratie zu stärken und Antisemitismus zu bekämpfen:

- Ein Angebot an Israel zu einer deutschen Beistandspflicht im Kriegsfall
- Das, wenn möglich, Abschieben aller Asylbewerber, welche sich Antisemitisch in Wort und Schrift äußern
- Das Verbot der Fatah und anderer Organisationen, welche zum Kampf gegen Israel aufrufen oder Terroristische Kampfhandlungen gegen Den einzigen Demokratischen Staat im Nahen Osten unterstützen.
- Den Reformationstag als Feiertag Abschaffen. Jugend im Landtag ist darüber empört, dass bis in die Heutige Zeit jedes Jahr einem Vordenker des Antijudaismus, Martin Luther, gedacht wird.

Jugend im Landtag ist in der Aktuellen Lage besonders froh, in Kiel Tagen zu können. Einer Stadt, welche Weltweit Metropole für nicht Atomare High-Tech U-Boote ist. Die Politische Jugend Schleswig-Holsteins betont, dass die Kieler Werften, welche in der Vergangenheit auch die Israelische Marine beliefert hat und es sehr befürwortet, dass diese Zusammenarbeit auch in Zukunft fortgesetzt wird.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

## Den Glauben demokratisieren und auf Zukunftskurs bringen.

**Antragsteller/Antragstellerin: Julian Antonius Geist**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Artikel 137 Abs. 1 GG besagt, dass keine Staatskirche besteht. Darüber hinaus herrscht in Deutschland nach Art. 4 GG und Art. 18 GG sowohl Meinungs- als auch Religionsfreiheit. Und dennoch haben die großen christlichen Kirchen in Deutschland immer noch unbegreifliche Privilegien. Privilegien aus einer Zeit, die in allen gesetzlichen Punkten, wie auch gesellschaftlich aufgearbeitet sind.

Die Kirche steht in vielen Dingen über allen. Sie darf Dinge, die weder der Staat, noch ein Unternehmen, ein Verein oder überhaupt jemand anderes aus der Bundesrepublik Deutschland darf. Die im Folgenden aufgezählten Sonderrechte sind nur die Spitze des Eisberges:

Die Kirche hat das ungerechte Privileg...

... Mitarbeitende aufgrund von Homosexualität, Scheidung oder der falschen Konfession aus ihrem Amt entlassen zu dürfen .<sup>1</sup>

... ihren Mitarbeitenden das Streikrecht verwehren zu dürfen .<sup>2</sup>

... dass alle anderen Glaubensgemeinden und eigetragene Vereine die Mitgliedsbeiträge selbst einsammeln müssen und für die Kirche immer noch das Finanzamt die Zwangsgebühren mit Austrittsbestrafung (in Form von Austrittsgebühr, als Unternehmen oder Verein wäre das illegal) einsammelt und so „Inkasso Büro“ spielt. Besonders unfair ist das, weil so jeder Steuerzahler, egal ob gläubig oder nicht, die Kirche mitfinanziert. <sup>3</sup>

... dass der deutsche Staat immer noch Reparatur-Zahlungen für Enteignungen zur Zeit Napoleons in Höhe von 540 Mio. Euro pro Jahr leistet .<sup>4</sup>

... das Personal für die Ausbildung der Lehrkräfte an den Universitäten, den Wissenschaftsstandorten, auszuwählen .<sup>5</sup>

Darüber hinaus müssen Unternehmen, Verbände, Organisationen, der Staat und jeder, der positive Aufmerksamkeit erwerben möchte Geld und Arbeit in Marketing und Vertrieb investieren. Kirchliche Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen dagegen sind Werbetafeln der christlichen Gotteshäuser: ‚Die Kirche als große Wohltäter‘. Und ganz nebenbei werden in den neutralen Bildungseinrichtungen die zukünftigen Finanziere für kirchliche Vorhaben rekrutiert. Doch was in der Bevölkerung kaum bekannt ist, ist dass die Kirche kirchliche

---

<sup>1</sup> beispielfall: laut Medienberichten des [Spiegels](#) und [Zeit Online](#) eine Lehrkraft eines Katholischen Gymnasiums im Münsterland.

<sup>2 2</sup> Beispielfall: Für die Altenpflege verhinderten die Caritas und die Diakonie einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn von 14,40 € für Hilfskräfte und 18,75 € (bis 2023) für examinierte Fachkräfte. ([Deutschlandfunk](#))

<sup>3</sup> [Zuständigkeitsfinder SH Suchbegriff: Kirchensteuer](#)

<sup>4</sup> [Deutschlandfunk](#)

<sup>5</sup> [Süddeutsche Zeitung](#)

Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und der gleichen meist gar nicht von der Kirche finanziert werden. Sehr oft bezuschussen sie diese noch nicht einmal mehr. Im Gegenteil. Teilweise rechnen die Kirche der Solidargemeinschaft für die kostenlose Werbung sogar noch Verwaltung-Entgelte ab, sodass diese daran teilweise Geld verdienen.

Jugend im Landtag spricht sich gegen diese Privilegien und für echte Gleichberechtigung der Religionen und Glaubensgemeinschaften und gegen eine Staatskirche aus!

„Religion – Kannst du gerne privat machen, ist aber reine Privatsache!“ Das ist die Haltung der politischen Jugend Schleswig-Holsteins.

Dementsprechend werden folgende Änderungen von der Bundespolitik aktiv und von der Landespolitik als unterstützendes Organ im Bundesrat gefordert:

1. Trennung von Staat und Kirche:
  - a. Die christliche Kirche darf gegenüber einem normalen eingetragenen Verein keine Privilegien mehr haben. Sämtliche Sondergesetze zur Kirche wird alternativlos abzuschaffen. Jetzige Strukturen müssen sich ändern. Ansonsten würde das aktuelle Handeln der Kirche in vielen Punkten als Straftat angesehen und zur Verurteilung gebracht werden.
  - b. Die Bezahlung von Kirchen-Angestellten sowie die Erbringung jedweder kostenloser Dienstleistungen, sowie das Eintreiben der Kirchensteuer durch das Finanzamt wird ebenfalls alternativlos abgeschafft.
  - c. Sämtliche Reparaturzahlungen des Staates an die Kirchen werden sofort gestoppt und gehören der Vergangenheit an.
  - d. Es wird festgehalten, dass nie wieder eine Glaubensgemeinschaft einseitig bevorzugt wird.
2. Wo Kirche drauf steht muss auch Kirche drin sein.
  - a. Die kostenlose Werbung für die Kirchen muss ein Ende haben. Soziale- und Bildungseinrichtungen darf die Kirche gerne tragen. Und dass der Staat diese Verbesserung des Zusammenlebens subventioniert, hat auch absolut eine Daseinsberechtigung. Dann muss die Kirche diese Einrichtungen und das Personal aber auch bezahlen. Und das eigenständig!
  - b. Sämtliche Einrichtungen, auf denen Kirche drauf steht, die die Kirche nicht bezahlt werden sofort umbenannt. Damit ist dann allerdings auch Schluss mit dem Privileg der kostenlosen Werbung der Kirchen-Angestellten in den Schulen und Kindergärten. Wenn Kinder sich jede Woche anhören möchten, wie toll Gott ist können sie in ihrer Freizeit in die Kirche zu gehen. In der Schule hat Religiöse Beeinflussung keine Daseinsberechtigung.
3. Die Änderung der Rechtsform der Kirchen
  - a. Aktuell sind beide Konfessionen der deutschen Kirchen Anstalten des Öffentlichen Rechts. Jugend im Landtag fordert, dass die Kirchen zu eingetragenen Vereinen umgewandelt und sämtliche Mitglieder der Kirche als Mitglieder aufgenommen werden. Das würde durch das Vereinsrecht nicht nur zu einer Demokratisierung der Kirche führen, sondern auch weitaus mehr Transparenz und Offenheit, die sich die Kirche so gerne zu Unrecht auf die Fahnen schreibt, hervorrufen. Ein e.V. wäre darüber hinaus auch nicht mehr so leicht zu bevorzugen, wie eine AöR.

### **Begründung:**

Erfolgt Mündlich.

## **Notfallknopf in Bussen**

**Antragsteller/Antragstellerin: Luisa Galli**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Einführung eines Notfallknopfes in Bussen bei allen Busbetrieben des Landes zu prüfen und sich dafür einzusetzen.

Insbesondere sollen dabei Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für Frauen und nicht-binäre Personen im öffentlichen Nahverkehr berücksichtigt werden. Es soll ebenfalls überprüft werden, inwiefern das Land finanzielle Unterstützung für die Umsetzung dieser Sicherheitsmaßnahme leisten kann.

### **Begründung:**

Nahezu jede FINTA\*-Person hat entweder direkt Erfahrungen gemacht oder kennt jemanden im persönlichen Umfeld, dem sexuelle Belästigung im öffentlichen Nahverkehr widerfahren ist. Steigende Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit eines Notfallknopfes im Falle einer Belästigung im öffentlichen Nahverkehr. Dieser würde eine rasche und diskrete Hilfeanforderung an das Personal ermöglichen, da oft Scham herrscht oder Betroffene zu überfordert sind, um zu handeln. Zur erfolgreichen Umsetzung schlagen wir daher ergänzend vor, regelmäßige vor-Ort-Evaluationen durchzuführen, das Buspersonal gezielt im Umgang mit Notfallmeldungen und Belästigungsfällen zu schulen sowie Informationsplakate im öffentlichen Nahverkehr aufzuhängen, um die Fahrgäste über die Nutzung des Notfallknopfes zu informieren. Die Umsetzung würde bedeuten, dass ein entscheidender Fortschritt in Richtung erhöhter Sicherheit und Prävention im öffentlichen Nahverkehr erreicht wird.

## **Den Rotstift bei Rote Rosen ansetzen**

**Antragsteller/Antragstellerin: Jona Janowitz**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden dazu aufgefordert, sich für eine drastische Senkung des Rundfunkbeitrags einzusetzen. Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk soll sich die Vermittlung von Nachrichten und Informationen als Kernaufgabe setzen. Sämtliche andere Formate, die hauptsächlich oder ausschließlich zur Unterhaltung dienen, werden an privatwirtschaftliche Unternehmen verkauft. So sollen Bürgerinnen und Bürger selbst die Entscheidung haben, ob sie diese Inhalte konsumieren möchten. Dadurch können insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen finanziell entlastet werden.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

## **Böllerverbot**

**Antragsteller/Antragstellerin: Leonard Rodde**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landesregierung und der schleswig-holsteinische Landtag werden aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein Böller- und Feuerwerksverbot für Privatpersonen einzusetzen und ein Böller- und Feuerwerksverbot als Bundesratsinitiative einzubringen.

### **Begründung:**

Die Feinstaubbelastung ist durch ein Verbot deutlich geringer. Außerdem entsteht weniger Müll und es landet auch weniger in der Umwelt. Tiere und Menschen (insbesondere Tierbesitzer\*innen, Familien und Menschen mit Fluchterfahrungen) müssen sich die Tage vor und nach Silvester keinen extremen Belastungen, Einschränkungen und Ängsten aussetzen.

## **Blitzerappverbot abschaffen!**

**Antragsteller/Antragstellerin: Greta Langschwager**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Blitzerappverbot abgeschafft wird.

### **Begründung:**

Das Blitzerappverbot soll abgeschafft werden. Durch dieses Verbot sind die Menschen nicht dazu angehalten sich eher an die Straßenverkehrsordnung zu halten. Es wäre zielführender Blitzer an kritischen Stellen (Unfallstellen, Kinder-Und Jugendeinrichtungen) im Straßenverkehr zu positionieren. So können diese von vorne rein ausgemacht werden und man könnte bewusst das Unfallrisiko minimieren, ohne dass man beim Sichtkontakt mit einem Blitzer scharf auf die Bremse tritt. So ergeben sich nämlich nur neue Risiken. Außerdem würden sich so die Kommunen nicht rein auf Einnahmen von den Geldbußen stützen und müssten sich eigene Wege zur Finanzierung suchen.

**Hundesteuer abschaffen**

**Antragsteller/Antragstellerin: Anton Gronau**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Hundesteuer abgeschafft wird.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.



## **Erbschaftssteuer abschaffen**

**Antragsteller/Antragstellerin: Joel Ressler**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Erbschaftssteuer abgeschafft wird.

Das erwirtschaftete Geld wird erarbeitet und anschließend je nach Gehalt besteuert.

Deutschland gehört dabei zu der Gruppe der Höchststeuerländer.

Wenn ein Verstorbener Nachlass an Familienmitglieder hinterlassen möchte, muss dieser ab einen bestimmten Betrag eine Erbschaftssteuer zahlen. Insgesamt wird mit der Erbschaftsteuer doppelt besteuert, was mit Ausbeutung gleichgesetzt werden kann, da der Soll schon erfüllt wurde und eine jeweilige Steuer, z.B. die Lohnsteuer, auf das vererbte Kapital bezahlt wurde. Dies geht auf die Kosten des Hinterbliebenen, vor allem aber auf die Schicht der mittleren Einkommen. Diese müssten sich je nach Beziehung des Verstorbenen an einen gewissen Freibetrag halten. Alles darüber hinaus muss zusätzlich besteuert werden. Dies hat finanzielle Auswirkungen auf die Hinterbliebenen.

Aus den genannten Gründen fordern wir deshalb die Abschaffung der Erbschaftssteuer, um die Hinterbliebenen zu entlasten.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Die Zukunft ist Freiheit. Jungen Menschen Partizipation erlauben.**

**Antragsteller/Antragstellerin: Julian Antonius Geist**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

**Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, sich gegen das Oderflow Prinzip Verbot auszusprechen.

Trade Republic, einer der bekanntesten Neobroker hierzulande bietet seine Dienstleistungen seit dem Jahr 2015 an. Seit dem hat sich das Spar Volumen von ETF-Sparplänen in Deutschland verzehnfacht. Statt nahezu null mittlerweile immerhin bis zu 3% Zins legen grade junge Menschen ihr Geld lieber mit einer durchschnittlichen Rendite von bis zu 6% p.a. an. Möglich gemacht haben das durch ihre günstige Kostenstruktur gewachsene Neo-Broker. Durch das Payment for Oderflow-Prinzip gehören absurde Transaktionskosten für klein-Anleger der Vergangenheit an. Die Welt der Partizipation an Gewinnen großer Konzerne ist endlich nicht mehr den wohlhabenden vorenthalten.

Der Bankenlobby gefällt das natürlich nicht, weshalb die von Ursula Von der Leien (CDU) geführte EU Kommission aktuell an einem Verbot des Payment for Oderflow-Prinzips arbeitet.

Jugend im Landtag spricht sich gegen dieses Verbot aus. Die grade erst geschaffene Alternative zu den großen Banken, die das Geld selbst zu besseren Konditionen anlegen darf nicht zerstört werden!

Grade junge Anleger müssen in ihren Rechten geschützt werden. Darüber hinaus muss der „Pro Business“ Kurs der EU endlich in einen sozialen „Pro Market“ Kurs umgewandelt werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

## **Aufklärung über Organspende verpflichteten**

**Antragsteller/Antragstellerin: Lilly Garcia Rose**

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag in Schleswig- Holstein wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in allen, in Schleswig-Holstein stattfindenden, Erste-Hilfe-Kursen eine Aufklärung über die Möglichkeit der Organspende und über den Besitz eines Organspendeausweis verpflichtend eingeführt wird. Generell soll es mehr Werbung für eine Organspende geben. Zusätzlich soll geprüft werden, ob auch an Schulen über eine Organspende informiert werden sollte.

### **Begründung:**

Ein Organspendeausweis kann Leben retten und deswegen muss mehr über die Möglichkeit einer Organspende informiert werden. Die Zahl der Menschen, die bereit sind eins ihrer zu spenden, sinkt. Doch die Zahl der Menschen, die auf eine lebenswichtige Organspende warten, ist wesentlich höher, dass ungefähr 10fache.

2022 haben nur 10,3 von einer Million Personen in Deutschland ein Organ gespendet, nach ihrem Hirntod. Dass man eine Organspende braucht, kann jeden treffen, jeden Alters. Deswegen ist es wichtig, dass es in Zukunft zu mehr Organspenden kommt.

## **Antrag Förderung der Wasserstofftechnologie im Kontext von Windenergie in Schleswig-Holstein**

**Antragsteller:** Lilli Marie Rachenpöhler

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

### **Antrag:**

“Jugend im Landtag” möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Forschung, Entwicklung und Anwendung von Wasserstofftechnologien im Verbund mit Windenergie in Schleswig-Holstein aktiv gefördert wird. Dies beinhaltet nicht nur die finanzielle Unterstützung von Forschungsprojekten, sondern auch den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur und die konkrete Implementierung von umweltfreundlichen Wasserstoffanwendungen im Energiemix des Landes.

### **Begründung:**

Die Verbindung von Wasserstofftechnologie und Windenergie repräsentiert eine transformative Lösung für die Herausforderungen der nachhaltigen Energiegewinnung. In diesem innovativen Ansatz wird überschüssiger Windstrom dazu genutzt, durch Elektrolyse Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zu spalten. Der erzeugte Wasserstoff kann dann als sauberer Energiespeicher dienen, der bei Bedarf zur Stromerzeugung genutzt wird. Diese umweltfreundliche Synergie ermöglicht nicht nur die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien, sondern trägt auch zur Lösung des Speicherproblems bei schwankender Energieproduktion bei. Die Förderung dieser Technologien stärkt nicht nur die Position Schleswig-Holsteins als Vorreiter in nachhaltigen Energiesystemen, sondern trägt auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der grünen Technologien bei. Durch die gezielte Unterstützung von Forschung und Infrastrukturinvestitionen ebnet dieser Ansatz den Weg für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Energieversorgung in unserem Bundesland. Die gewonnene Wasserstoffenergie kann vielseitig eingesetzt werden, beispielsweise in der Industrie, im Verkehrssektor für emissionsfreie Mobilität oder als Brennstoff für Heizungen in Gebäuden. Diese breite Anwendbarkeit macht den gewonnenen Wasserstoff zu einem flexiblen und umweltfreundlichen Baustein in unserem Energiemix.